

**Welcome**

**Willkommen!  
Geflüchteten jetzt  
Perspektiven öffnen**





3.70 Willkommen! - Geflüchteten jetzt Perspektiven öffnen ..... Seite 3  
*Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2015*

3.73 Europa braucht offene Grenzen ..... Seite 8  
*Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2015*

4.35 Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht.....Seite 10  
*Beschluss der BDKJ Bundesfrauenkonferenz 2015*

## 3.70 Willkommen! – Geflüchteten jetzt Perspektiven öffnen

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2015

### Einleitung

„Kinderrechte für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus“ lautete der Titel des Beschlusses der BDKJ-Hauptversammlung 2006. Die Verschärfung der politischen Lage in vielen Kriegs- und Krisengebieten in den letzten Jahren zwang seither noch mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. „50 Prozent der 51,2 Millionen Menschen, die sich auf der Flucht oder in flüchtlingsähnlichen Situationen befinden, sind jünger als 18 Jahre.“<sup>1</sup> Die schwierige Situation und die Entbehrungen der Flucht treffen vor allem sie: Jugendliche und Kinder sind durch den Verlust ihrer Heimat verunsichert und traumatisiert und deshalb besonders hilfsbedürftig - nicht nur während der Flucht, sondern auch, wenn sie in einem für sie fremden Land angekommen sind. Generell gilt: Der Kern der politischen Bemühungen muss sein, Fluchtursachen zu verhindern und Geflüchteten Perspektiven zu eröffnen.

### Teil A) Verantwortung übernehmen – Fluchtursachen verhindern

#### Fluchtursachen

Kein Mensch flüchtet freiwillig. Die Fluchtursachen sind vielfältig, „bedingen einander und können nicht einzeln betrachtet werden.“<sup>2</sup> Sämtliche Fluchtursachen sind als ganzheitliches System zu betrachten. „Mädchen- und frauenspezifische Fluchtursachen sind bereits in einem eigenen Beschluss in den Blick genommen worden und sind als solche anzuerkennen.“<sup>3</sup>

Im Jahr 2014 zählte das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung 424 Konflikte. 46 Konflikte werden davon als extrem gewaltsam eingestuft, 21 als Kriege.<sup>4</sup> Im Vergleich zum Jahr 2013 ist die Anzahl der beteiligten Staaten weiter gestiegen. Diese Zahlen machen die Dimension, Dramatik und Herausforderungen vor denen die Welt steht deutlich.

Neben diesen Konflikten, stellt der Klimawandel eine große Bedrohung dar: Die globale Erwärmung und die damit verbundenen steigenden Meeresspiegel, Unwetterkatastrophen, Überschwemmungen, Dürren und Wasserknappheit bedrohen die Lebensgrundlage und das Leben vieler Menschen, besonders in den Ländern des globalen Südens. Hinzu kommen die für sie oftmals erschwerten Rahmenbedingungen durch fehlende Bildungszugänge, Arbeitslosigkeit, Armut oder mangelnde Gesundheitsversorgung, die sie zur Flucht zwingen.

Deshalb braucht es eine dauerhafte Unterstützung und Begleitung in Kriegs- und Krisensituationen. Eine punktuelle Not- und Katastrophenhilfe kann die vielfältigen Problemlagen und Fluchtursachen nicht lösen. Um Fluchtursachen langfristig entgegen zu wirken und den Betroffenen nachhaltig zu helfen, braucht es deutlich mehr finanzielle Ressourcen. Diese müssen langfristig ausgerichtet sein! Gleichzeitig müssen die vielfältigen Gründe für Flucht, besonders der Klimawandel, anerkannt und ganzheitlich betrachtet werden.

1 Siehe: [www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/themen/fluechtlinguskinder.html](http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/themen/fluechtlinguskinder.html) (Zugriff: 20.03.2015)

2 Beschluss des DBJR „Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund anerkennen!“, Seite 1.

3 Beschluss 4.35 Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht

4

[http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer\\_2014.pdf](http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2014.pdf); Seite 15

**Unsere westliche Verantwortung und Pflicht**

Krieg, Krisen, Klimawandel, daran sind auch wir beteiligt!

Rüstungsexporte tragen maßgeblich zu einer Destabilisierung von Ländern bei. Bewaffnete Konflikte zählen zu einem der größten Fluchtverursacher weltweit. Deutschland ist als größter Rüstungsexporteur Europas ganz besonders in der Verantwortung.

Eine Wirtschaft, die wie unsere nur auf Wachstum abzielt, verschleißt lebenswichtige Ressourcen. Durch maßlosen Ressourcenverbrauch verlieren die Menschen in den Ländern des globalen Südens ihre Lebensgrundlage und sehen oftmals ihre einzige Chance in einer Flucht. Die Ursachen der Flucht müssen nachhaltig dort bekämpft werden, wo sie entstehen. Durch unser Konsumverhalten haben wir großen Einfluss auf den Markt und können Bewusstsein für kritischen Konsum schaffen: „Wir müssen unsere Wirtschafts- und Lebensstile grundlegend überprüfen, um für alle Menschen weltweit und für kommende Generationen eine hohe Lebensqualität zu sichern.“<sup>5</sup>

**Mahnung an die Politik**

Neben der Änderung des individuellen Konsumverhaltens, muss durch die Politik eine nachhaltige Wirtschaftsweise sowie deutlich intensivierter Umweltschutz etabliert werden.

Wir nehmen wahr, dass entwicklungspolitisches Engagement und Erfolge durch Aktivitäten anderer Politikfelder (z.B. durch Freihandelspolitik oder Rüstungsexporte) oftmals zunichte gemacht werden. Eine kohärente Politik ist deshalb unabdingbar. Jede politische Entscheidung muss gründlicher auf ihre Auswirkungen im In- und Ausland sowie auf Konsequenzen für nachfolgende Generationen weltweit überprüft werden. Zusätzlich braucht es starke zivilgesellschaftliche Akteure. Die Politik hat die Aufgabe diese zu

fördern, zu stärken und gemeinsam mit ihnen an einer Welt zu arbeiten, in der Flucht nicht mehr notwendig ist.

Daher ermahnen und fordern wir die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie die Mitglieder des Europäischen Parlamentes auf, Zukunftsperspektiven für Geflüchtete zu ermöglichen:

- Grundsätzlich muss die Friedenspolitik an oberste Stelle stehen, um eine nachhaltige Veränderung zu bewirken. Aktive Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und diplomatische Begleitung bei Konflikten von AkteurInnen in Krisen und Kriegssituationen muss gewährleistet sein. Rüstungsexporte behindern die Friedenspolitik massiv und müssen deshalb verboten werden.
- Nicht nur Krieg und politische Verfolgung zwingen Menschen zu uns zu kommen, auch Armut und der Klimawandel sind Gründe die Heimat zu verlassen. Auch diese Ursachen müssen als Asylgrund in der Genfer Flüchtlingskonvention offiziell anerkannt werden.
- Die Bekämpfung von Fluchtursachen muss intensiviert werden, damit Menschen Ihre Heimat gar nicht erst verlassen müssen. Es braucht eine Überarbeitung der Hilfsprogramme, die sowohl kurzfristige als auch langfristige Hilfen, beispielsweise bei der Armutsbekämpfung und dem Struktur- und Kompetenzaufbau vor Ort, vorsehen.
- Wir fordern von den Verantwortlichen der Politik mehr finanzielle Ressourcen für die Bekämpfung von Fluchtursachen bereit zu stellen. Hierbei muss besonders der Fokus auf langfristigen Hilfen liegen. Kurzfristige Nothilfen stellen keine Lösung dar.
- Handelsabkommen müssen grundsätzlich fair und zukunftsorientiert sein. Sie müssen sich nach dem Wohl der Menschen richten und nicht nach einzelnen wirtschaftlichen Interessen. Sie müssen eine Partnerschaft auf Augenhöhe ermöglichen, die auch Entwicklungsperspektiven für HandlungspartnerInnen aus Ländern des Globalen Südens eröffnen. Ein politisches

<sup>5</sup> KLJB Antrag „Willkommen in Deutschland. Unsere Verantwortung für Asylsuchende“: [www.kljb.org/fileadmin/Daten\\_KLJB/03\\_Positionen\\_Beschluesse/Beschluss\\_Nr.\\_2\\_-\\_Willkommen\\_in\\_Deutschland\\_-\\_Unsere\\_Verantwortung\\_fuer\\_Asylsuchende\\_web.pdf](http://www.kljb.org/fileadmin/Daten_KLJB/03_Positionen_Beschluesse/Beschluss_Nr._2_-_Willkommen_in_Deutschland_-_Unsere_Verantwortung_fuer_Asylsuchende_web.pdf), Seite 2.

Machtgefälle darf nicht zu einem ökonomischen Nachteil für schwächere Handelspartner/-innen führen.

- Entwicklungszusammenarbeit wird durch Korruption erschwert und unterbunden. Aus diesem Grund ist eine ganzheitliche Strategie zur Korruptionsbekämpfung unerlässlich.
- Auch die Kriterien des fairen Handels müssen in bi- und multilateralen Abkommen und Verträgen sowie durch politische Rahmenbedingungen verbindlich festgeschrieben werden. Momentane Wirtschaftsstrukturen müssen kritisch geprüft und hinterfragt werden.
- Die besonderen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen, deren Angehörigen fliehen und die in ihren Heimatländern zurückbleiben, müssen berücksichtigt werden.<sup>6</sup>

#### **Teil B) Willkommen! - Geflüchteten jetzt Perspektiven eröffnen**

##### **Geflüchtete in Deutschland**

Menschen haben ein Recht darauf, in ihrer Heimat frei von Verfolgung ein gutes Leben führen zu dürfen. Doch wo es Migrationsgründe gibt, werden Menschen migrieren.

Gegenüber denjenigen, die unseren Schutz suchen, haben wir gegenüber unseren Mitmenschen eine Verantwortung aus der verbindlichen Norm der Genfer Flüchtlingskonvention und aus unserem christlichen Menschenbild heraus.

Im Jahr 2014 wurden über 200.000 Asylanträge<sup>7</sup> gestellt (33,4 Prozent wurden abgelehnt). In Anbetracht der Gesamtzahl von über 50 Millionen Flüchtlingen ist diese Zahl verschwindend gering. Der Umgang mit Geflüchteten in unserem Land muss einen strikt menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgen. „Das Menschenrecht auf Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen, religiösen, sozialen und kulturellen Leben darf niemandem verwehrt werden. Flüchtlinge in Deutschland haben jedoch

kein Recht zur politischen Betätigung [und] ehrenamtliches Engagement ist erschwert.“<sup>8</sup>

Darüber hinaus fehlt es in Deutschland an angemessener medizinischer und psychologischer Versorgung. In Massenunterkünften gibt es keine geeigneten Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten. Der Zugang zu Bildung ist erschwert. Hinzu kommt, dass Jugendliche und Kinder von Abschiebehaft, Ausweisungen und Abweisungen bei Einreise betroffen sind.

Der BDKJ setzt sich mit seiner jugendpolitischen Strategie ‚U28 - die Zukunft lacht!‘ dafür ein, dass alle heute und zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Jugendlichen und Kinder über gleichgute Lebenschancen verfügen. Das schließt Jugendliche und Kinder, die in unserem Land Zuflucht suchen, mit ein. So heißen wir junge Geflüchtete in unseren Verbänden und Organisationsstrukturen willkommen. Es ist unser Bestreben, sie wie alle jungen Menschen zu organisieren und zu befähigen, für ihre Rechte einzutreten.

##### **Willkommenskultur gestalten**

Als Christinnen und Christen sind Gastfreundschaft und Willkommenskultur für uns selbstverständlich, denn unsere eigene Geschichte ist an vielen Stellen von Flucht geprägt, wenn wir an den Exodus und das Exil des Volkes Israel denken, die Flucht des jungen Jesu nach Ägypten oder die Verfolgung der ersten Christinnen und Christen. Immer wieder haben sich Mädchen und Jungen, Frauen und Männer mit ihrem Gott auf den Weg gemacht und in der Fremde Heimat gefunden. Gastfreundschaft bedeutet für uns dem Ruf des biblischen Gottes zu folgen, der spricht: „Du sollst einen fremden Untertan, der vor seinem Herrn bei dir Schutz sucht, seinem Herrn nicht ausliefern. Bei dir soll er wohnen dürfen, in deiner Mitte, in einem Ort, den er sich in einem deiner Stadtbereiche auswählt, wo es ihm gefällt. Du sollst ihn nicht ausbeuten.“ (Dtn 23,16f) Dabei

<sup>8</sup> KLJB Antrag „Willkommen in Deutschland. Unsere Verantwortung für Asylsuchende“: [www.kljb.org/fileadmin/Daten\\_KLJB/03\\_Positionen\\_Beschluesse/Beschluss\\_Nr.\\_2\\_-\\_Willkommen\\_in\\_Deutschland\\_-\\_Unsere\\_Verantwortung\\_fuer\\_Asylsuchende\\_web.pdf](http://www.kljb.org/fileadmin/Daten_KLJB/03_Positionen_Beschluesse/Beschluss_Nr._2_-_Willkommen_in_Deutschland_-_Unsere_Verantwortung_fuer_Asylsuchende_web.pdf), Seite 2.

<sup>6</sup> Beschluss 4.35 Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht

<sup>7</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

bedeutet Gastfreundschaft nicht nur Schutz und Sicherheit für die Geflüchteten, sondern auch einen unverwechselbaren Lernprozess für uns selbst, wie es der Hebräerbrief schreibt: „Vergesst die Gastfreundschaft nicht; denn durch sie haben einige, ohne es zu ahnen, Engel beherbergt“ (Hebr 13,2).

In mehreren Beschlüssen<sup>9</sup>, aber vor allem durch ein breites Engagement, setzten sich die katholischen Jugendverbände seit Jahren aktiv für eine Willkommenskultur in Deutschland ein. Dabei sind die Begegnungen mit den Jugendlichen und Kindern die auf der Flucht nach Deutschland, in unsere Städte und Kreise sowie in unsere Pfarrgemeinden kommen vielfältig und immer positiv geprägt.

Der gemeinsame Austausch und das Kennenlernen der verschiedenen Kulturen, Sprachen, Religionen ist eine große Chance, ein Miteinander der Menschen zu gestalten - ohne Klassifizierungen. Kindern und Jugendlichen wird die Möglichkeit gegeben, ihren Horizont zu erweitern und Toleranz zu leben. Dazu wollen die katholischen Jugendverbände weiterhin ihren Beitrag leisten, um eine Willkommenskultur ohne Vorurteile und Ressentiments zu schaffen.

Der BDKJ eröffnet seinen Jugendlichen und Kindern sowie seinen Leiterinnen und Leitern die Möglichkeit, eine differenzierte Perspektive auf die Flüchtlingsthematik zu entwickeln; sie werden befähigt, innerhalb der Gesellschaft für die

9 : 3.16 - Keine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, 3.33 - Stellungnahme des BDKJ-Hauptausschusses zu Fragen der Migration - Zuwanderungsgestaltung, 3.34 - Anerkennung von Mindeststandards im Asylrecht, 3.41 - Kinderrechte für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus, 3.45 - Integration durch Teilhabe - Von einem Nebeneinander zu einem stärkeren Miteinander, 3.53 - Katholische Jugendverbände für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde, 3.57 - Für Demokratie, Toleranz und Vielfalt - Rechtsextremismus aus christlicher Überzeugung bekämpfen, 4.21 - Die Welt zu Gast bei Freundinnen - Schluss mit Zwangsprostitution, 5.4 - Wir haben nicht nur für die Freilassung Mandelas gekämpft, sondern für die Abschaffung der Apartheid, 6.6 - Europa muss ein Europa der Menschen werden - Grundsätzliche Anmerkungen zur Gestaltung Europas, 7.8 - Der Krieg in Jugoslawien muss beendet werden

Menschenrechte der Geflüchteten einzutreten. Uns erschreckt, welche bürokratischen Hürden geflüchtete und jene jungen Menschen, die sie unterstützen wollen, bewältigen müssen. Es scheint keinen politischen Willen zu geben, die Zuwanderungspolitik zu gestalten. Zugleich wird die gute Tradition des Kirchenasyls immer öfter ausgehöhlt und hinterfragt. Um das Kirchenasyl zu schützen und der Verantwortung christlicher Nächstenliebe gerecht zu werden, muss dieses respektiert werden.

#### **Für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde**

Sich für Menschen einzusetzen, die auf der Flucht nach Deutschland kommen, bedeutet für uns kath. Jugendverbände sich in gleichen Maßen für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde einzusetzen. Der BDKJ und seine Mitgliedsverbände verpflichten sich, allen Menschen mit Respekt zu begegnen, damit eine echte Willkommenskultur gedeihen kann. Der Einsatz für eine Willkommenskultur schließt ausdrücklich das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtspopulismus und -extremismus ein. Die kath. Jugendverbände verurteilen daher zutiefst Bewegungen, Politiker/-innen und andere Akteure in Gesellschaft und Kirche, die rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen schüren. Es gilt sich rechtsextremen Parteien und Organisationen seit je her und besonders aus der Historie der kath. Jugendverbände heraus entschieden entgegenzustellen. Eine Bewertung von Fragen der Migration entlang solcher Kriterien, die sich allein auf die vermeintlich ökonomische Verwertbarkeit des Menschen stützen, akzeptieren wir nicht.

#### **Hin zu einer Einwanderungspolitik**

Deutschland und Europa<sup>10</sup> müssen beginnen, in den vielen Menschen die zu uns kommen, auch eine Chance zu sehen. Es geht dabei nicht um die Qualifikation, die sie mitbringen, sondern um die Bereicherung, die sie als Mensch darstellen.

<sup>10</sup> Antrag BDKJ-Hauptversammlung 2014: "Ein wirksames Zeichen der Einheit in Vielfalt"

**Mahnung an die Politik**

Seit den 1990er Jahren sind die Rechte von Asylsuchenden immer weiter eingeschränkt worden.<sup>11</sup> Die europäischen Außengrenzen werden immer stärker kontrolliert, Verteilungsschlüssel werden eng festgeschrieben, Verantwortliche aus Politik und Verwaltung, von Bundesebene bis zur Kommunalebene schieben sich ihre Verantwortung hin und her, über die Erklärung von Drittstaaten werden Ausreiseverfahren vereinfacht und beschleunigt, Wirtschafts- sowie Handelsbeziehungen und Freihandelsabkommen, Klimaentwicklungen und Kriegseinsätze zwingen immer mehr Menschen auf die Flucht.

Daher ermahnen und fordern wir die Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie die Mitglieder des Europäischen Parlamentes auf, Zukunftsperspektiven für Geflüchtete zu ermöglichen:

- Nach der vollständigen Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention muss nun auch im Handeln von Behörden und den Entscheidungen von Gerichten deutlich werden, dass Kindeswohl stets Vorrang vor Asyl- und Ausländerrecht hat.
- Langfristige Sammelunterkünfte sind als nicht menschenwürdig abzuschaffen und die Praxis Asylsuchende, die abgeschoben werden sollen, zu inhaftieren, ist dauerhaft zu beenden. Gerade für Kinder- und Jugendliche muss in jedem Einzelfall familiäre, kulturelle und soziale Bindung, die Asylsuchende mit Deutschland verbinden, ernsthaft geprüft und berücksichtigt werden.
- Bei der Lage von neuen Unterkünften ist darauf zu achten, dass Begegnungen zwischen Geflüchteten und Nachbarinnen und Nachbarn ermöglicht und begünstigt werden, auch die Rahmenbedingungen für Teilhabe insbesondere junger Menschen müssen gewährleistet sein (vgl. DBJR 12.5).
- Das Asylbewerberleistungsgesetz muss zu einem Einwanderungsgesetz umgearbeitet werden. Ohne den vollen Zugang zu den Leistungen des Sozialgesetzbuches haben

Geflüchtete keine Perspektive in Deutschland. Das neue Einwanderungsgesetz muss vollen Zugang zu den Leistungen gemäß Sozialgesetzbuch und zu notwendiger medizinischer und psychologischer Behandlung bieten.

- Das Recht auf Bildung muss für alle Geflüchteten gelten. Die Einschränkungen, die es in der Praxis gibt, müssen abgebaut werden. Es darf keine Hürden geben. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen muss unkompliziert möglich sein.
- Die Stärkung sozialer Kompetenzen, informelles Lernen und das Erleben von Freiräumen werden in der Freizeit mit anderen Gleichaltrigen erfahren. Junge Flüchtlinge brauchen daher einen Zugang zu außerschulischen Bildungsangeboten, damit auch sie Gemeinschaft erfahren und sich entfalten können. Hierzu müssen von Bundes- und Länderebene den geflüchteten Kindern und Jugendlichen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Es ist wichtig, in Geflüchteten eine Chance zu sehen und ihnen eine gesetzliche Möglichkeit zu geben, um auch bleiben zu können. Deshalb wird die Ansiedlung des Themas Asyl- und Flüchtlingspolitik im Innenministerium der Sache nicht gerecht und muss in einem Ministerium, das die Belange ressortübergreifend betreut, verortet werden.
- Die Zivilgesellschaft setzt sich an vielen Orten für die „neuen Nachbarn und Nachbarinnen“ ein und damit gegen ein Klima der Angst und Unsicherheit. Dieses Engagement braucht Unterstützung aus der Politik.
- Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, auf die besonderen Bedürfnisse von geflüchteten Mädchen und Frauen einzugehen, ihre Situation nachhaltig zu verbessern und gute Zukunftsperspektiven zu schaffen.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/21849/asylrecht>

<sup>12</sup> Beschluss 4.35 Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht

## 3.73 Europa braucht offene Grenzen

Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2015

Woche für Woche sterben Menschen im „Massengrab“ Mittelmeer. Im Jahr 2014 überquerten 219.000 Geflüchtete das Mittelmeer. 3.500 kamen dabei ums Leben. Für das Jahr 2015 liegen bislang 31.500 dokumentierte Fälle von Mittelmeerüberquerungen nach Italien und Griechenland, den beiden Hauptankunftsändern, vor.<sup>1</sup> Allein in dieser Woche kamen in verschiedenen Unglücken mindestens 1100 Menschen vor der lybischen Küste ums Leben.

Spätestens nach dem Tod von 366 Flüchtlingen vor Lampedusa im Oktober 2013 war die Bestürzung in der Politik groß und es hieß von allen Seiten, dass sich eine solche Tragödie nicht wiederholen dürfe. Die seit diesem Unglück getroffenen Handlungen der Politik waren sogar eher kontraproduktiv (z.B. fehlende Unterstützung für den italienischen Rettungsdienst „Mare Nostrum“) und haben die Lage weiter verschärft. Die Nachfolgemission „Triton“ schützt in erster Linie die europäischen Außengrenzen und nicht die Menschen in Lebensgefahr. Nicht zuletzt deswegen jetzt diese neuen Unglücke. Man hat aus den schrecklichen Ereignissen nichts gelernt. Auch Papst Franziskus bezeichnete den aktuellen Zustand als eine „Schande“.<sup>2</sup>

Jeder Mensch hat ein Grundrecht auf Asyl. Dieses kann er nutzen, wenn in seinem Herkunftsgebiet nicht mehr alle Grundrechte für ihn eingehalten werden. Aber ein Recht auf Asyl bedarf immer auch jemanden, die oder der dem Geflüchteten Asyl gewährt. Sonst ist das Recht auf Asyl letztendlich nichts wert.

1

<http://www.unhcr.de/home/artikel/5333e53d876bc51bdec978e8c4ce3698/unhcr-schockiert-ueber-katastrophe-im-mittelmeer-1.html>, vom 15.04.2015; aufgerufen am 17.04.2015

2

[http://de.radiovaticana.va/storico/2013/10/03/papst\\_%C3%BCber\\_neue\\_lampedusa-frag%C3%B6die\\_%E2%80%9Ees\\_ist\\_eine\\_schande%E2%80%9D/ted-733924](http://de.radiovaticana.va/storico/2013/10/03/papst_%C3%BCber_neue_lampedusa-frag%C3%B6die_%E2%80%9Ees_ist_eine_schande%E2%80%9D/ted-733924), vom 03.10.2013; aufgerufen am 17.04.2015

Wir müssen selbstkritisch hinterfragen, ob wir als „fortschrittliches“ Europa das Recht auf Asyl derzeit wirklich gewähren. Grenzzäune rund um die „Festung Europas“ zwingen Menschen erst in Lebensgefahr und Illegalität, bevor wir ihnen letztendlich das Recht auf Asyl gewähren.

Wir fragen uns, wie viele Flüchtlingskatastrophen noch geschehen müssen, bis die Politik einlenkt. Daher bestärken wir aufgrund der aktuellen Ereignisse mit Nachdruck unseren Beschluss der HV 2014. Dort heißt es unter anderem bei Punkt „3. Für ein offenes Europa“:

*„Jedes Jahr machen sich tausende Menschen auf den Weg nach Europa. Meist nehmen sie ein enormes Risiko auf sich, beispielsweise die so genannten „boatpeople“. Ebenso ergeht es Menschen, die sich in ihrer Not zu „Human Trafficking“ entscheiden und sich selbst Schlepperinnen und Schleppern überlassen, von denen sie sich dann durch ihre Arbeitskraft oder über Betteldienste über Jahre versuchen freizukaufen. [...]*

*Deshalb fordern wir:*

*[...]*

**für Migrantinnen und Migranten einen sicheren, transparenten und fairen Zugang zum Asylsystem in der Europäischen Union zu gewährleisten, die Öffnung der Fluchtwege nach Europa sowie die Möglichkeiten von „Humanitären Visa“ und „Resettlement“ zu nutzen.“**

Wir wollen den oben beschriebenen menschenverachtenden Missständen aus unserem christlichen Glauben heraus nicht folgen und fordern daher nachdrücklich die Politik auf zu handeln. Weitere Forderungen rund um das Thema Asyl und Flucht können in Bezug auf unsere Vision eines offenen Europas dem o.g. Europa-Beschluss von 2014 und in Bezug auf eine wirksame Innen- und Entwicklungspolitik dem auf der BDKJ-





Hauptversammlung 2015 verabschiedeten  
Beschluss „Willkommen! - Geflüchteten jetzt  
Perspektiven öffnen“ entnommen werden.

Papst Franziskus sagt „Wir müssen dem Problem  
mit der Logik der Gastfreundschaft begegnen!“  
Gastfreundschaft fängt bei einer offenen Tür an.  
Also lasst uns die Grenzzäune abbauen und  
Notsuchenden endlich ernsthaft das Recht auf Asyl  
gewähren. Wer Schutz braucht, die oder der muss  
ihn bekommen.

*Also lasst uns groß denken und unsere Grenzen  
öffnen!*

## 4.35 Geflüchtet. Mädchen und Frauen auf der Flucht

Beschluss der BDKJ-Bundesfrauenkonferenz 2015

Angesichts zahlreicher Kriegs- und Krisengebiete wächst die Zahl von Geflüchteten weltweit. Insbesondere Mädchen und Frauen erleben dabei häufig Ohnmacht, Gewalt und Entwurzelung. Sie sind in den Herkunftsländern, auf der Flucht selbst und in den Ankunftsändern zahlreichen Gefahren und Herausforderungen ausgesetzt.

**Wir sehen, dass**

- rund 50 Prozent der weltweiten Geflüchteten Mädchen und Frauen sind<sup>1</sup>.
- besonders Mädchen und Frauen von speziellen Fluchtgründen betroffen sind. Dazu gehören beispielsweise massive sexualisierte Gewalt, besonders systematische Vergewaltigung, als Kriegswaffe, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Ehrenmorde.
- Mädchen und Frauen auf der Flucht zusätzlichen Gefahren ausgesetzt sind. So werden sie häufig Opfer von Menschenhandel, Arbeitsausbeutung oder Zwangsprostitution. Sie haben oftmals weniger finanzielle Ressourcen zur Verfügung, andere körperliche Voraussetzungen und sind durch die Flucht mit Kindern verletzbarer.
- Mädchen und Frauen unter anderem von Behörden durch Gewaltandrohung als Druckmittel gegen ihre eigenen Männer, Söhne, Brüder oder Väter eingesetzt werden.
- Mädchen und Frauen deutlich häufiger in Flüchtlingslagern und (Massen-) Unterkünften von psychischer und physischer Gewalt bedroht sind; ein Beispiel ist die sexualisierte Gewalt.
- die geschlechtsbedingt unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnisse von Mädchen und Frauen im Kontakt mit Grenzschutz und Behörden nicht ausreichend berücksichtigt werden. Zum Beispiel sehen sie sich in der Regel ausschließlich Männern gegenüber.
- Mädchen und Frauen mit ihren Traumata allein gelassen werden.
- im Umgang mit traumatisierten Mädchen und Frauen eine geschlechtsspezifische Sensibilität und

die entsprechende Ausbildung von Seiten der zuständigen Personen fehlen.

- aufgrund systematischer Überlastung Frauen und Männer zusammen, ggf. sogar im gleichen Zimmer, untergebracht werden. Dabei fühlen sich Frauen unsicher und es kann zu Übergriffen kommen. Darüber hinaus sind Anzeigeverfahren von Übergriffen oder Verletzungsanträge in Frauenhäuser kompliziert und bleiben gleichzeitig oft wirkungslos.
- Mädchen und Frauen aufgrund von fehlenden finanziellen Ressourcen und traditionellem Rollenverständnis oft von fehlender oder schlechter Schulbildung betroffen sind. Dadurch haben sie oft geringere Integrationschancen im Ankunftsland.
- Müttern mit unter dreijährigen Kindern aufgrund von fehlender Betreuungspätze keine Chance haben an Bildungsangeboten teilzunehmen.
- schwangere Frauen sich in einer besonders schutzbedürftigen Lage befinden. Sie können bis zu sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt sowohl in sogenannte sichere Drittstaaten als auch in ihre Erstankunftsländer abgeschoben werden.
- unter anderem durch die Flucht von Männern Familienstrukturen in den Herkunftsländern zerbrechen und deshalb Frauen sowie Kinder deutlich gefährdeter leben.
- Mädchen und Frauen ohne Aufenthaltsstatus aufgrund ihrer unsicheren Situation besonders von Gewalt bedroht sind und keine Gesundheitsversorgung erhalten.
- in den Ankunftsändern keine geschlechtergetrennten Statistiken erhoben werden und die Datenlage zu geflüchteten Mädchen und Frauen insgesamt sehr knapp ist.
- an vielen Stellen eine kontinuierliche Finanzierung der Arbeit mit geflüchteten Mädchen und Frauen fehlt. Dies gilt insbesondere auch für geschlechtsspezifische Angebote.

Das ist ein Skandal! Eine solche Situation für Mädchen und Frauen weltweit auf der Flucht und nach ihrer Ankunft in Deutschland steht im Widerspruch zu ihrer Menschenwürde und ist nicht länger hinzunehmen.

<sup>1</sup> <http://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fileadmin/redaktion/PDF/UNHCR/GlobaTrends2013.pdf>



katholisch.

politisch.

aktiv.

[www.bdkj.de](http://www.bdkj.de)